

„PRIVAT VOR STAAT“ WAR GESTERN

Kaputte Brücken, marode Schulen, langsames Internet: Bund, Länder und Kommunen müssen endlich in die Zukunft investieren. Nur das schafft lebenswerte Städte und Gemeinden und garantiert eine erfolgreiche, nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen (siehe auch Faktenblatt #4 „Investitionen für Transformation“). Auch künftige Generationen haben ein Recht auf funktionierende Verkehrswege, gute Bildung, und eine moderne und klimafreundliche Wirtschaft. Wir brauchen einen finanziell handlungsfähigen Staat, der aktiv gestalten kann. „Privat vor Staat“ war gestern, das hat sich gerade in der Pandemie gezeigt. Öffentliche Corona-Konjunkturprogramme und Sozialleistungen haben zwar das Schlimmste verhindert. Doch wer jetzt zur Schuldenbremse zurückkehren will oder nach einem staatlichen Sparkurs ruft, würgt die wirtschaftliche Erholung ab und verhindert eine zukunftsorientierte Modernisierung.

Es geht ums Geld

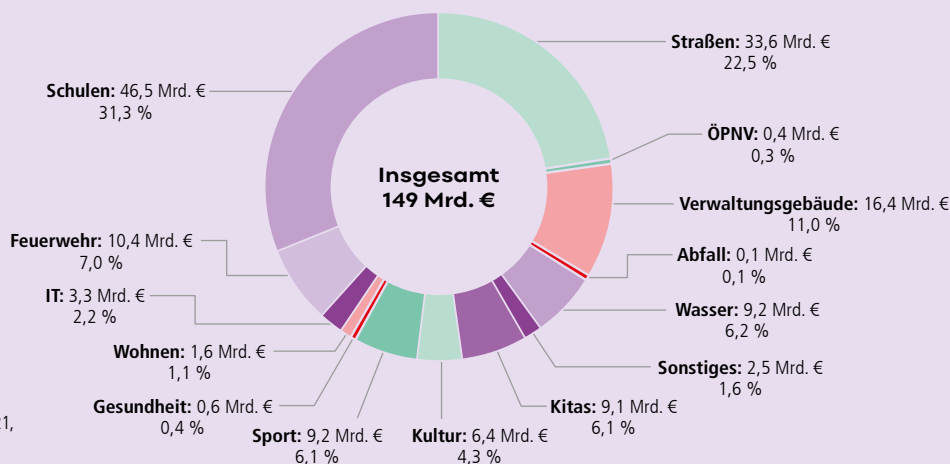
Ein umfangreiches Investitionsprogramm in der Größenordnung von mindestens 45 Milliarden Euro pro Jahr über die nächsten zehn Jahre ist nötig – und auch möglich. Der Staat muss die Niedrigzinsen nutzen und Kredite aufnehmen. Wenn er die Mittel klug und nachhaltig investiert, fördert das nicht nur gleichwertige und gute Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, sondern dient auch dem sozialen Ausgleich und der Geschlechtergerechtigkeit.

Allein im Bereich der Krankenhäuser müssen nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft mindestens 6,5 Milliarden Euro jährlich investiert werden, um die bestehende Substanz zu erhalten, auszubauen und zu modernisieren. Beim Bildungssystem zeichnet sich eine

noch viel dramatischere Unterfinanzierung ab. Der Rückstau von Investitionen hat sich im Schulbereich in den letzten Jahren auf 46,5 Milliarden Euro erhöht, bei der Betreuung der Kleinkinder auf weitere knapp neun Milliarden Euro. Schaut man auf den Straßenbau, beläuft sich der Investitionsrückstau auf 34 Milliarden Euro allein bei den Kommunen. Und das sind nur die nötigen Investitionen, um dem Verschleiß entgegenzuwirken.

Doch es reicht nicht, neue Straßen zu bauen, Löcher abzudichten und Wände neu zu streichen. Es muss auch genug Personal vorhanden sein, das angemessen bezahlt wird. Die aktuelle Pandemie hat schmerzlich vor Augen geführt, wo Beschäftigte fehlen und welche Folgen dies hat: überlastete Gesundheitsämter; Pflegepersonal am Limit; fehlende

Abb. 1: So viel Geld müssten die Kommunen investieren, um den Rückstau aufzulösen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021, durchgeführt vom Difu von September bis Dezember 2020

Lehrer*innen; eine öffentliche Verwaltung, die bei der Vergabe von Hilfgeldern kaum hinterherkommt – um nur einige Beispiele zu nennen. Insgesamt wird im öffentlichen Dienst in den nächsten zehn Jahren fast ein Drittel der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden (DGB Personalreport Öffentlicher Dienst 2020). Hier braucht es gezielte Nachwuchsförderung, aber auch eine verbesserte (digitale) Ausstattung und Bezahlung. Mehr Personal in der Verwaltung würde darüber hinaus dazu beitragen, dass Gelder schneller abfließen, weil Projektanträge zügiger bearbeitet werden könnten.

Lebenswerte Regionen und Kommunen

Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Dort erfahren die Menschen, was der Staat für sie tut – aber auch, an welchen Ecken er spart. Deshalb benötigen gerade Städte und Gemeinden Geld, um zum Beispiel gute Angebote zur Kinderbetreuung, Freizeitmöglichkeiten und Arbeitsplätze in den Kommunen bereitzustellen. Die Ausbreitung der Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig gut ausgestattete Behörden, ein funktionierendes und flächendeckendes Gesundheitssystem, gute Schulen sowie eine zeitgemäße digitale Infrastruktur – kurz: eine starke öffentliche „Daseinsvorsorge“ – sind. Doch gerade Städte und Gemeinden haben häufig nicht die nötigen finanziellen Spielräume, um diese Herausforderungen zu meistern. Deshalb müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihren essenziellen Aufgaben nachzukommen. Dazu gehört auch, dass Bund und Länder hoch verschuldeten Kommunen übermäßige Altschulden abnehmen.

Von den gleichwertigen Lebensverhältnissen überall in der Republik, wie sie das Grundgesetz fordert, sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Die Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und Ballungszentren, zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen, zwischen West und Ost bestehen nach wie vor. Eine aktive Wirtschafts- und Investitionspolitik muss den Rückzug des Staates und der Unternehmen aus strukturschwachen Gebieten rückgängig machen und vermeiden, dass vormals starke Regionen abgehängt werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Die Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte folgte der Devise „Der Markt wird's richten“ und ist damit krachend gescheitert. Denn schon vor Corona mangelte es in zahlreichen Städten und Regionen an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere der Rückzug der öffentlichen Hand aus der sozialen Wohnraumförderung sowie die Privatisierungswelle im Wohnungssektor haben zur gegenwärtigen Misere geführt. Die Folgen dieser verfehlten Wohnungspolitik betreffen mittlerweile weite Teile der Bevölkerung.

Um den Bedarf in deutschen Großstädten zu decken, müssen mindestens 400.000 bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen pro Jahr gebaut werden, davon mindestens 100.000 Wohnungen als preis- und belegungsgebundene Sozialwohnungen. Dazu muss die Förderung für Wohnungsbau erhöht und langfristig ausgerichtet werden.

Der Mangel an (preisgünstigem) Bauland entwickelt sich jedoch immer mehr zum Nadelöhr für den Wohnungsbau. Boden ist ein besonderes, weil unentbehrliches und nicht vermehrbares Gut, das dem freien Markt weitgehend entzogen werden muss. Hier braucht es mehr Regulierung.

Gerechte Finanzierung

Mehr öffentliche Investitionen sind finanzierbar. Sie generieren zusätzliches Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen – schon deshalb lohnt es sich, für Investitionen Kredite aufzunehmen. Wenn jetzt auf Pump zusätzlich investiert wird, kann Deutschland aus den Schulden einfach herauswachsen. Deshalb ist es wichtig, dass die derzeit ausgesetzten deutschen und europäischen Schuldenbremsen nicht wieder in alter Form in Kraft treten. Mindestens Investitionen müssen von den Schuldenregeln ausgenommen werden – sonst ist die Schuldenbremse eine Investitionsbremse.

Nach Corona darf kein Sparkurs folgen. Bund und Länder haben sich viel zu kurze Fristen gesetzt, um die pandemiebedingt aufgenommenen Schulden zurückzuzahlen. Jeder Euro, der in den kommenden Jahren in die Tilgung gesteckt wird, wäre in Investitionen besser aufgehoben. Die Tilgungspläne müssen auf mindestens 50 Jahre verlängert werden.

Gleichzeitig ist klar: Für das notwendige zusätzliche Personal im öffentlichen Dienst und andere laufende Kosten sind auch laufende Einnahmen nötig. Um das zu finanzieren, brauchen wir nach der Bundestagswahl ein gerechteres Steuersystem. Der DGB hat dazu ein detailliertes, umfangreiches und durchgerechnetes Konzept vorgelegt: Wir wollen mit einem gerechteren Einkommensteuertarif gut 95 Prozent aller Haushalte entlasten. Das heißt: Gering- und Normalverdiener*innen zahlen weniger, Spitzenverdiener*innen werden stärker in die Pflicht genommen. Große Vermögen, Erbschaften, Kapitaleinkünfte sowie profitable Unternehmen sollen ebenfalls mehr zum Gemeinwesen beitragen. Die Einnahmehasis der Kommunen soll durch eine weiterentwickelte Gewerbesteuer gestärkt werden: der Gemeindefinanzierungssteuer. Berufsgruppen wie Steuerberater*innen, Apotheker*innen, Ärzt*innen und einige mehr, die bisher von der Gewerbesteuer ausgenommen sind, sollen künftig einen Beitrag zur Finanzierung der von ihnen genutzten kommunalen Dienstleistungen und Infrastruktur leisten. Insgesamt brächte das DGB-Steuerkonzept dem Staat rund 60 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr (siehe: <https://www.dgb.de/dgb-steuerkonzept>).

DER DGB FORDERT:

- Umfangreiches Investitionsprogramm von mindestens 45 Milliarden Euro pro Jahr für zehn Jahre, um Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren und akute Transformationsprozesse zu unterstützen
- Übernahme der kommunalen Altschulden durch Bund und Länder
- Bau von mindestens 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr
- Weiteres Aussetzen der Schuldenbremse, dauerhafte Ausnahme für Investitionen
- Verlängerung der Tilgungspläne für Corona-Schulden
- Gerechteres Steuersystem mit Mehreinnahmen durch Erbschafts-, Vermögens- und andere Steuern